



Liebe Bürgerinnen und Bürger in Marzahn-Hellersdorf,

gewiss, alle vier Jahre wird ein neuer Bundestag gewählt. Aber diesmal geht es um mehr. Nämlich um die Frage, ob Artikel 1 des Grundgesetzes hierzulande künftig noch eine Chance hat: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wohlgemerkt, aller Menschen, nicht nur der Schönen und Reichen und nicht nur der Deutschen und Weißen.

„Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle“. So heißt das Angebot der LINKEN.

Und natürlich braucht die Würde aller eine soziale Basis. Leiharbeit, 1-Euro-Jobs und überhaupt „Hartz IV“ gehören nicht dazu. Auch Mindestlöhne unter 12 Euro pro Stunde führen in die Altersarmut. Sie sind folglich unwürdig.

Wir wollen umsteuern, im doppelten Wortsinne: Wir wollen ein anderes Steuersystem, bei dem alle, die geringe und mittlere Bezüge haben, entlastet, und alle, die Millionen oder gar Milliarden Euro ihr „Eigen“ nennen, endlich hinreichend belastet werden. Oder finden Sie es gerecht, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher werden?

Viele Probleme des 21. Jahrhunderts sind nur noch gemeinsam zu lösen, der globale Klimawandel ebenso wie die weltweite Digitalisierung. Das wirft die Frage nach der Europäischen Union auf. Die SPD will die EU schönreden, die Union will sie beherrschen, die AfD will sie abschaffen. DIE LINKE will sie gründlich ändern: sozial, gerecht, demokratischer und friedensstiftend.

Auch daran sei noch erinnert, weil es unsäglich ist. Ginge es nach der Union und der SPD, so könnten Ost-Renten „bereits“ 2025 Westniveau erreichen.

Wissen Sie, was das bedeutet? Ein DDR-Bürger, der am „Tag der deutschen Einheit“ in den Ruhestand ging, müsste 100 Jahre alt werden, um erstmals gleichberechtigt Rente zu erhalten. Und das heißt zudem: Wer an selbigem 3.10.1990 geboren wurde und hernach in den „neuen Bundesländern“ lernte, studierte und arbeitete, wird noch anno 2057 seinem Rentenbescheid entnehmen können, was er zeitlebens war: ein Ossi! Denn auch drei Jahrzehnte nach der Einheit müssen Ostdeutsche für weniger Geld länger arbeiten als Westdeutsche.

Kurzum: Es geht um sehr viel. Deshalb werbe ich um Ihre Stimme, hier in meinem Heimatbezirk Marzahn-Hellersdorf.

Mit solidarischen Grüßen

Petra Pau

Petra Pau
Mitglied des
Deutschen
Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 227-71095
Telefax 030 227-70095
petra.pau@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin
Telefon 030 99289380
Telefax 030 99289381
petra.pau.wk01@bundestag.de

petra.pau@dielinke.berlin
www.petrapau.de

**Keine Lust
auf Weiterspielen:
DIE LINKE.**